

Antrag auf Ablösung des_der Vorsitzenden Richter_in

Richter_in ist wegen des Verdachts der Befangenheit abzulehnen, da sie_er verkündete die Beweisaufnahme zu schließen obwohl von Seiten des_der Angeklagten noch weitere Beweisaufnahme angekündigt wurden.

Begründung:

Der_Die Vorsitzende Richter_in verkündete in der Hauptverhandlung am die Beweisaufnahme zu schließen obwohl von seiten des_der Angeklagten noch weitere Beweisanträge angekündigt wurden.

Dadurch macht Richter_in deutlich das sie_er bereits von meiner Schuld überzeugt ist, ohne meiner Verteidigung die Möglichkeit zugeben das Gericht von meiner Unschuld zu überzeugen.

§ 24 Abs.2. Nr. 2) E. Strafprozessordnung in Kommentar von Lutz Meyer-Goßner

„Das Verhalten des Richters vor oder während der Hauptverhandlung kann die Ablehnung begründen, wenn es besorgen lässt, dass er nicht unvoreingenommen an die Sache herangeht, insbesondere von der Schuld des Angeklagten bereits endgültig überzeugt ist (...)“

Dieses Verhalten des_der Vorsitzenden Richter_in verdeutlicht seine_ihre unantastbare Stellung als „Interpretator_in“ des Rechts in dieser Bürgerlichen Gesellschaft. Um den Schein zu erwecken die BRD hätte ihre Faschistischen Vergangenheit überwunden und sei nun ein Staat der seinen unteren Schichten (die Menschen die für gewöhnlich hier vor Gericht sitzen) die Möglichkeiten gewährt sich angemessen gegenüber Richter_innen als Teil der Strukturen der Machterhaltung der ausbeutenden Schichten zu Verteidigen.

Das aber ein Gerichtsverfahren niemals eine faire Konfliktlösung darstellen kann wird hier permanent versucht zu verschleiern, so werden Gesetze von wenigen gemacht die aber alle Menschen die sich auf den Teretorium der BRD aufhalten, zu befolgen haben, anstatt allen die Möglichkeit zu gewähren sich die Dinge die sie brauchen zu nehmen wird permanent mit Hilfe der Logik des Bürgerlichen Privateigentums eine Struktur aufrecht erhalten die wenigen Menschen mehr Ressourcen als sie brauchen zusichert und vielen Menschen zu ein Leben in permanenter Knappheit an Lebenswichtigen Ressourcen zwingt.

Das diese angeblichen Rechte die den Menschen die sich vor Gericht verteidigen müssen lediglich ein Schein zur wahrung der Herrschenden Ordnung darstellt zeigt dieser Gerichtsprozess. Wie wir hier alle permanent beobachten konnten, werden hier durch das Mitwirken des_der Richter_in Rechte des_der Angeklagten ausgeräumt weil diese_r sie nutzte.

In diesen Prozess geht es um ein in Deutschland sehr häufig zu beobachtendes Phänomen, Der_Die Vorsitzende versucht mit aller Macht zu verhindern das durch diesen Gerichtsprozess es zu sprache kommt das dieser Staat Menschen bezahlt und einstellt die andere Menschen misshandeln, bedrohen und verprügeln und anstatt das diese Menschen hier vor Gericht landen (nicht das ich es Sinnvoll finden würde das hier überhaupt irgendwer sitzen muss) wird versucht die Opfer_innen ihrer Gewalttaten mit abstrusen Vorwürfen zum Schweigen zu bringen.

Richter_in schränkt in diesem Verfahren das Recht des_der Angeklagten auf eine rechtmäßige Verteidigung maßgeblich ein. Die_Der Vorsitzende Kann demzufolge ein faires Verfahren und ein rechtmäßiges Urteil nicht mehr gewährleisten.

Dieser Antrag wurde als direkte Reaktion auf eine Bemerkung des_der Richter_in in der Hauptverhandlung am ausformuliert und vorgebracht- daher ist der Antrag fristgerecht gestellt worden.

Glaubhaftmachung:

- Protokoll der Hauptverhandlung von 2012
- dienstliche Erklärung des_der Richter_in

Ich beantrage hierzu einen schriftlichen und verlesenen Gerichts